# S 35 AS 1619/15 WA

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

| | |
|---|---|
| Land | Freistaat Sachsen |
| Sozialgericht | Sächsisches Landessozialgericht |
| Sachgebiet | Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| Abteilung | - |
| Kategorie | Urteil |
| Bemerkung | - |
| Rechtskraft | - |
| Deskriptoren | Beschluss, Besetzung des Rechtsmittelgerichtes, Form der Entscheidung über einen Antrag auf mündliche Verhandlung, Gerichtsbescheid, Grundsatz der Meistbegünstigung, sozialgerichtliches Verfahren, Urteil |
| Leitsätze | 1. Ein Sozialgericht, das einen Antrag auf mündliche Verhandlung im Sinne von § 105 Abs. 2 Satz 2 SGG als verspätet und gegebenenfalls die Voraussetzungen für eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand als nicht gegeben ansieht oder den Antrag aus sonstigen Gründen als unzulässig erachtet, darf den Antrag wegen einer fehlenden Rechtsgrundlage nicht durch Beschluss verwerfen, sondern muss über ihn durch Urteil auf Grund mündlicher Verhandlung, sofern nicht auf eine solche verzichtet wird, entscheiden.<br><br>2. Der Zulässigkeit einer Beschwerde steht nicht entgegen, dass das Sozialgericht über den Antrag auf mündliche Verhandlung durch Urteil statt – wie geschehen – durch Beschluss hätte entscheiden müssen. Denn einem Kläger darf kein Nachteil dadurch erwachsen, dass er von dem Rechtsmittel Gebrauch gemacht hat, auf das er durch das Gericht hingewiesen worden ist. Vielmehr ist in einem solchen Fall nach dem Grundsatz der sogenannten Meistbegünstigung sowohl das Rechtsmittel zulässig, das gegen die gewählte Entscheidungsform zulässig wäre, als auch das Rechtsmittel, das gegen die richtige Entscheidungsform zulässig gewesen wäre.<br><br>3. Über eine Beschwerde gegen einen Beschluss eines Sozialgerichtes, mit dem |

| | |
|---|---|
| | dieses einen Antrag auf mündliche Verhandlung im Sinne von § 105 Abs. 2 Satz 2 SGG als unzulässig verworfen hat, entscheidet das Landessozialgericht in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, zwei weiteren Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern. |
| Normenkette | § 105 Abs. 2 Satz 2 SGG, § 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG, § 172 Abs 2 SGG, § 172 Abs 3 SGG , § 33 Abs. 1 Satz 1 SGG, § 84 Abs. 2 Nr. 2, 4 und 5 VwGO, § 90a Abs. 2 Satz 1 FGO |

**1. Instanz**

| | |
|---|---|
| Aktenzeichen | S 35 AS 1619/15 WA |
| Datum | 13.10.2016 |

**2. Instanz**

| | |
|---|---|
| Aktenzeichen | L 3 AS 1138/16 B |
| Datum | 13.10.2022 |

**3. Instanz**

| | |
|---|---|
| Datum | - |

I.Â Â Â Â  Die Beschwerde der KlÃ¤ger gegen den Beschluss des Sozialgerichts Chemnitz vom 13. Oktober 2016 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Es wird festgestellt, dass das Klageverfahren vor dem Sozialgericht Chemnitz mit dem Aktenzeichen S 37 AS 1688/14 durch den Gerichtsbescheid vom 24.Â Februar 2015 wirksam beendet ist.

II.Â Â Â  AuÃergerichtliche Kosten sind auch fÃ¼r das Beschwerdeverfahren nicht zu erstatten.

III.Â Â  Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

**Tatbestand**

Â

Die KlÃ¤ger wenden sich mit ihren Beschwerden gegen einen Beschluss des Sozialgerichtes, mit dem ihre AntrÃ¤ge auf mÃ¼ndliche Verhandlung zu einem Gerichtsbescheid als unzulÃ¤ssig verworfen worden sind. Im Klageverfahren waren hÃ¶here Leistungen fÃ¼r den Zeitraum von April 2009 bis September 2009 streitig.

Â

Der 1965 geborene erwerbsfÃ¤hige KlÃ¤ger zu 1 und die 1978 geborene erwerbsfÃ¤hige KlÃ¤gerin zu 2 bildeten zusammen mit ihren 1995, 1997, 2003, 1999 und 2005 geborenen Kindern, den KlÃ¤gern zu 3 bis 7, im streitbefangenen Zeitraum eine Bedarfsgemeinschaft im Sinne des Sozialgesetzbuches Zweites Buch â Grundsicherung fÃ¼r Arbeitsuchende â (SGBÂ II). FÃ¼r ihre 107,99 mÂ² groÃe Wohnung hatten sie monatlich 686,93Â EUR (=Â 496,93Â EUR + 190,00 EUR [Nebenkosten]) zu zahlen.

Â

Der Beklagte bewilligte den KlÃ¤gern mit bestandskrÃ¤ftigem Bescheid vom 5. MÃ¤rz 2009 inÂ der Fassung der Ãnderungsbescheide vom 16. MÃ¤rz 2009 und 6. Juni 2009 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II fÃ¼r April bis September 2009. Als monatliche Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung wurde ein Gesamtbetrag in HÃ¶he von 655,04Â EUR anerkannt. Bei den KlÃ¤gern zu 3 bis 7 wurde jeweils Kindergeld ohne AbzÃ¼ge als Einkommen angerechnet.

Â

Die KlÃ¤ger beantragten mit Schreiben vom 27. Dezember 2012 die Ãberprüfung dieses Bescheides. Sie machten geltend, dass die Bescheide zumindest hinsichtlich der Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung rechtswidrig seien.

Â

Mit bestandskrÃ¤ftigem Ãnderungsbescheid vom 18. April 2012 hob der Beklagte die monatlichen Leistungsbewilligungen geringfÃ¼gig an. Er berÃ¼cksichtigte jetzt die tatsÃ¤chlichen Unterkunfts- und Heizungskosten.

Â

Die nunmehr anwaltlich vertretenen KlÃ¤ger beantragten mit Schriftsatz vom 15.Â Juli 2013 die Überprüfung des Bescheides vom 18. April 2012. Wiederum wurde gerÃ¼gt, dass die Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung zu gering seien. ErgÃ¤nzend wurde vorgetragen, dass bei den Kindern die Versicherungspauschale in Abzug zu bringen sei. AuÃerdem seien die NachzahlungsbetrÃ¤ge, welche sich aus dem Bescheid vom 18. April 2012 ergeben wÃ¼rden, von Amts wegen zu verzinsen. SchlieÃlich seien die RegelsÃ¤tze fÃ¼r Erwachsene und fÃ¼r MinderjÃ¤hrige verfassungswidrig.

Â

Den zweiten Überprüfungsantrag lehnte der Beklagte mit Bescheid vom 19. Dezember 2013 ab. Bei dem Erlass des Bescheides vom 18. April 2012 sei das Recht richtig angewandt und es sei von einem zutreffenden Sachverhalt ausgegangen worden. Ferner

wurde angemerkt, dass ein Ãberprüfungsantrag ohne Sach- und Rechtsprüfung abzulehnen sei, soweit er aufgrund der Jahresfrist nach Â§ 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II in Verbindung mit Â§Â 44 Abs.Â 4 des Sozialgesetzbuches Zehntes Buch â Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz â (SGB X) keine Auswirkungen mehr haben kÃ¶nne.

Â

Ihren Widerspruch im Schriftsatz vom 22. Januar 2014 begrÃ¼ndeten die KlÃ¤ger damit, dass der streitbefangene Zeitraum zu Ã¼berprÃ¼fen sei. Die Regelung in Â§ 40 Abs.Â 1 SatzÂ 2 SGBÂ II sei verfassungswidrig.

Â

Der Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 18. MÃ¤rz 2014 zurÃ¼ck. Aus der Regelung in Â§ 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II folge, dass auf einen innerhalb des Jahres 2013 gestellten Ãberprüfungsantrag Nachzahlungen rÃ¼ckwirkend bis zum 1. Januar 2012 zu leisten seien. Der Zeitraum, fÃ¼r den die KlÃ¤ger hÃ¶here Leistungen begehren wÃ¼rden, liege zeitlich davor.

Â

Die daraufhin erhobene Klage, die nicht begrÃ¼ndet worden ist, hat das Sozialgericht mit Gerichtsbescheid vom 24. Februar 2015 (Az. S 37 AS 1688/14) abgewiesen. Der Gerichtsbescheid ist dem KlÃ¤gerbevollmÃ¤chtigten am 27. Februar 2015 zugestellt worden. Das Sozialgericht hat Ã¼ber die Berufung als das statthafte Rechtsmittel belehrt, ohne zur Statthaftigkeit der Berufung AusfÃ¼hrungen zu machen.

Â

Am 27. MÃ¤rz 2015 hat der KlÃ¤gerbevollmÃ¤chtigte AntrÃ¤ge auf mÃ¼ndliche Verhandlung gestellt und die VerfassungsmÃ¤Ãigkeit von Â§ 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II gerÃ¼gt. StreitgegenstÃ¤ndlich seien âu. a.â die gekappten Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung fÃ¼r den Zeitraum von April bis September 2009. DiesbezÃ¼glich dÃ¼rfe der Wert des Beschwerdegegenstandes fÃ¼r eine Berufung nicht erreicht sein.

Â

Diesen Schriftsatz hat das Sozialgericht dem SÃ¤chsische Landessozialgericht vorgelegt, wo er unter dem Az.: L 7 AS 316/15 erfasst worden. Die AntrÃ¤ge hat der damalige Berichterstatter an das Sozialgericht zur weiteren Bearbeitung zurÃ¼ckgeleitet. Dort ist es zunÃ¤chst unter dem Az.: S 37 AS 1619/15 WA und nach einem Kammerwechsel unter dem Az.: SÂ 35 AS 1619/15 WA gefÃ¼hrt worden.

Â

Das Sozialgericht hat mit Schreiben vom 20. September 2016 eine Aufforderung gemÃ¤Ã Â§Â 106a Abs. 1 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) an die KlÃ¤ger gerichtet und diesen aufgegeben, sÃ¤mtliche Nachweise fÃ¼r die bisher vorgebrachten RÃ¼gen vorzulegen sowie, sofern sie auÃer den bisher vorgebrachten RÃ¼gen weitere Unrichtigkeiten geltend machen wollten, diejenigen Tatsachen anzugeben, auf deren BerÃ¼cksichtigung oder NichtberÃ¼cksichtigung sie sich beschwert fÃ¼hlten, und die entsprechenden Nachweise hierfÃ¼r vorzulegen.

Â

Der Kammervorsitzende hat unter dem 10. September 2016 fÃ¼r dieses Verfahren sowie eine Anzahl weiterer Verfahren der KlÃ¤ger Termin zur mÃ¼ndlichen Verhandlung am 17.Â Oktober 2016 bestimmt.

Â

Mit Beschluss vom 13. Oktober 2016 hat das Sozialgericht die AntrÃ¤ge auf mÃ¼ndliche Verhandlung als unzulÃ¤ssig verworfen. Die Klage sei damit begrÃ¼ndet worden, dass die Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung zu niedrig festgesetzt worden seien, die Versicherungspauschale fÃ¼r die fÃ¼nf minderjÃ¤hrigen Kinder hÃ¤tte in Abzug gebracht werden mÃ¼ssen und die RegelsÃ¤tze verfassungswidrig gewesen seien. Allein die begehrte Absetzung der Versicherungspauschale in HÃ¶he von 30,00Â EUR pro Person und Monat ergebe bei den fÃ¼nf minderjÃ¤hrigen Kindern und einem Bewilligungszeitraum von sechs Monaten eine Beschwer von mehr als 750,00 EUR, sodass die Berufung kraft Gesetzes gegeben gewesen sei.

Â

Der KlÃ¤gerbevollmÃ¤chtigte hat hiergegen am 27. Oktober 2016 Beschwerde eingelegt, ohne die angekÃ¼ndigte BeschwerdebegrÃ¼ndung â trotz Erinnerung â zu Ã¼bersenden.

Â

Der Beklagte hat zur Beschwerde keine Stellungnahme abgegeben.

Â

Zum richterlichen Hinweis, dass fraglich sei, ob das Sozialgericht durch Beschluss habe entscheiden dÃ¼rfen, hat keiner der beiden Beteiligten Stellung genommen.

Â

Die Beteiligten haben ihr EinverstÃ¤ndnis mit einer Entscheidung ohne mÃ¼ndliche Verhandlung erteilt.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die beigezogenen Verwaltungsakten sowie die Gerichtsakten aus beiden Instanzen verwiesen.

Â

Â

**EntscheidungsgrÃ¼nde**

Â

I. Die Beschwerde ist zulÃ¤ssig (1.), jedoch nicht begrÃ¼ndet (2.).

Â

1. Die Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichtes vom 13. Oktober 2016 ist zulÃ¤ssig.

Â

a) Die Beschwerde ist gemÃ¤Ã Â§ 172 SGG statthaft. Bei dem Beschluss Ã¼ber die Verwerfung des Antrages gemÃ¤Ã Â§ 105 Abs. 2 Satz 2 SGG auf mÃ¼ndliche Verhandlung als unzulÃ¤ssig handelt es sich nicht um eine prozessleitende VerfÃ¼gung (vgl. hierzu B. Schmidt, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG [13. Aufl., 2020], Â§Â 172 Rdnr.Â 6Â ff., m.Â w.Â N.) oder eine andere in Â§Â 172 Abs. 2 SGG genannte Entscheidung, die nicht mit der Beschwerde angefochten werden kÃ¶nnen. Die Beschwerde ist auch nicht gemÃ¤Ã Â§Â 172 Abs.Â 3 SGG ausgeschlossen, weil der Beschluss nicht in einem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ergangen ist (vgl. Â§Â 172 Abs. 3 Nr. 1 SGG), mit dem Beschluss keine Prozesskostenhilfe abgelehnt worden ist (vgl. Â§ 172 Abs. 3 Nr. 2 SGG) und der Beschluss weder eine Kostengrundentscheidung nach Â§ 193 SGG (vgl. Â§ 172 Abs. 3 Nr. 3 SGG) noch eine Kostenentscheidung nach Â§Â 193 Abs.Â 4 SGG (vgl. Â§ 172 Abs. 3 Nr. 4 SGG) enthÃ¤lt.

Â

b) Der ZulÃ¤ssigkeit der Beschwerde steht nicht entgegen, dass das Sozialgericht Ã¼ber den Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung durch Urteil statt â wie geschehen â durch Beschluss hÃ¤tte entscheiden mÃ¼ssen ([4] ff.). Denn einem KlÃ¤ger darf kein Nachteil dadurch erwachsen, dass er von dem Rechtsmittel Gebrauch gemacht hat, auf das er durch das Gericht hingewiesen worden ist. Vielmehr ist in einem solchen Fall nach dem Grundsatz der sogenannten MeistbegÃ¼nstigung sowohl das Rechtsmittel zulÃ¤ssig, das gegen die gewÃ¤hlte Entscheidungsform zulÃ¤ssig wÃ¤re, als auch das Rechtsmittel, das gegen die richtige Entscheidungsform zulÃ¤ssig gewesen wÃ¤re (vgl. BFH, Urteil vom 12. August 1981

â IÂ B 72/80 â BFHE 134, 216 = juris Rdnr. 6 und 10, m. w. N.; LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Urteil vom 28.Â August 2014 â L 13 AS 3162/14 â ZFSH/SGBÂ 2014, 756Â ff. = juris Rdnr.Â 21; Hess. LSG, Urteil vom 26.Â Juni 2020 â LÂ 7 AS 479/19 B â juris Rdnr. 17).

Â

(1) Das Sozialgericht kann nach MaÃgabe von Â§ 105 Abs. 1 SatzÂ 1 SGG ohne mÃ¼ndliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden. Nach Â§ 105 Abs. 2 SatzÂ 1 SGG kÃ¶nnen die Beteiligten innerhalb eines Monats nach Zustellung des Gerichtsbescheides das Rechtsmittel einlegen, das zulÃ¤ssig wÃ¤re, wenn das Sozialgericht durch Urteil entschieden hÃ¤tte. Wenn die Berufung nicht gegeben ist, kann nach Â§ 105 Abs. 2 SatzÂ 2 SGG mÃ¼ndliche Verhandlung beantragt werden. Nach Â§Â 105 Abs. 3 HalbsatzÂ 1 SGG wirkt der Gerichtsbescheid als Urteil.

Â

Entsprechende Regelungen zum Gerichtsbescheid bestehen auch fÃ¼r das verwaltungsgerichtliche Verfahren (vgl. Â§Â 84 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 2, 4 und 5, Abs. 3 HalbsatzÂ 1 der Verwaltungsgerichtsordnung [VwGO]) und das finanzgerichtliche Verfahren (vgl. Â§Â 90a Abs.Â 1, 2 SatzÂ 1, Abs. 3 Halbsatz 1 der Finanzgerichtsordnung [FGO]).

Â

(2) Im Falle eines Antrages auf mÃ¼ndliche Verhandlung sind zwei Varianten zu unterscheiden: Wenn rechtzeitig mÃ¼ndliche Verhandlung beantragt wird, gilt der Gerichtsbescheid als nicht ergangen (vgl. Â§ 105 Abs. 3 Halbsatz 2 SGG; Â§ 84 Abs. 3 Halbsatz 2 VwGO; Â§Â 90a Abs.Â 3 Halbsatz 2 FGO). Das Sozialgericht hat danach das Klageverfahren fortzusetzen und eine mÃ¼ndliche Verhandlung durchzufÃ¼hren, sofern die Beteiligten nicht ihr EinverstÃ¤ndnis mit einer Entscheidung ohne mÃ¼ndliche Verhandlung erteilen (vgl. Â§Â 124 Abs.Â 2 SGG; Â§ 101 Abs. 2 VwGO; Â§ 90 Abs. 2 FGO). Wenn hingegen der Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung nicht rechtzeitig gestellt worden ist oder der Antrag aus sonstigen GrÃ¼nden nicht zulÃ¤ssig ist, bleibt der Gerichtsbescheid im Umkehrschluss wirksam. Gleichwohl wird das Klageverfahren wie in anderen Verfahren, in denen streitig ist, ob das Klageverfahren (zum Beispiel durch KlagerÃ¼cknahme; ErledigungserklÃ¤rung oder gerichtlichen Vergleich) wirksam beendet worden ist, fortgefÃ¼hrt (vgl. B. Schmidt, a. a. O., Â§ 105 Rdnr. 24 i.Â v.Â m. Â§Â 94 Rdnr.Â 46, Â§ 102 Rdnr. 12; Clausing, in: Schoch/Schneider, Verwaltungsrecht [42.Â Erg.-Lfg, Stand: Februar 2022], Â§ 84 Rdnr. 43).

Â

In welcher Form Ã¼ber einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung zu entscheiden ist, ist gesetzlich nicht geregelt. Nach den allgemeinen Regelungen der Ã¶ffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten gilt Folgendes: Ãber eine Klage wird, soweit nichts anderes

bestimmt ist, durch Urteil entschieden (vgl. Â§ 125 SGG; Â§ 107 VwGO; Â§ 95 FGO). Die Entscheidung ergeht, soweit nichts anderes bestimmt ist, auf Grund mÃ¼ndlicher Verhandlung (vgl. Â§Â 124 Abs.Â 1 Satz 1 SGG; Â§ 101 Abs. 1 Satz 1 VwGO; Â§ 95 Abs. 1 Satz 1 FGO). Abweichend hiervon kann das Gericht mit EinverstÃ¤ndnis der Beteiligten ohne mÃ¼ndliche Verhandlung (vgl. Â§ 124 Abs. 2 SGG; Â§ 101 Abs. 2 VwGO; Â§ 95 Abs. 2 FGO) oder nach AnhÃ¶rung der Beteiligten (vgl. Â§ 105 Abs. 1 Satz 2 SGG; Â§ 84 Abs. 1 Satz 2 VwGO; zur FGO: BFH, Urteil vom 25. Februar 1999 â IV R 48/98 â BFHE 188, 273 = NVwZ-RRÂ 2000, 336 = juris, Leitsatz 2 und Rdnr. 11, m. w. N.) durch Gerichtsbescheid entscheiden. Eine weitere Art gerichtlicher Entscheidungen sind BeschlÃ¼sse (vgl. Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG [13. Aufl., 2020], Â§Â 125 Rdnr.Â 2); sie kÃ¶nnen ohne mÃ¼ndliche Verhandlung ergehen (vgl. Â§ 124 Abs. 3 SGG; Â§ 101 Abs. 3 VwGO; Â§ 90 Abs.Â 1 SatzÂ 2 FGO). Vorgeschrieben ist die Beschlussform zum Beispiel fÃ¼r Entscheidungen Ã¼ber AntrÃ¤ge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (vgl. Â§ 86b Abs. 4 SGG; Â§ 123 Abs.Â 3 VwGO; Â§Â 114 Abs.Â 4 FGO).

Â

(3) Die Entscheidungsform, die das Gericht erster Instanz wÃ¤hlt, hat prozessrechtliche Auswirkungen, zum Beispiel in Bezug auf die Mitwirkung ehrenamtlicher Richter oder das Rechtsmittel.

Â

(3.1) Nach Â§ 12 Abs. 1 Satz 2 SGG, Â§ 5 Abs. 3 Satz 2 VwGO und Â§ 5 Abs. 3 SatzÂ 2 FGO wirken die ehrenamtlichen Richter bei BeschlÃ¼ssen auÃerhalb der mÃ¼ndlichen Verhandlung und bei Gerichtsbescheiden nicht mit. DarÃ¼ber hinaus ist in Â§ 19 VwGO und Â§Â 16 FGOÂ geregelt, dass der ehrenamtliche Richter bei der mÃ¼ndlichen Verhandlung und der Urteilsfindung mit gleichen Rechten wie der [Berufs]Richter mitwirkt. Trotz der nicht ganz deckungsgleichen Regelungen ist diesen drei Prozessordnungen gemein, dass ehrenamtliche Richter jedenfalls bei Urteilen aufgrund mÃ¼ndlicher Verhandlung mitwirken, nicht hingegen bei BeschlÃ¼ssen auÃerhalb der mÃ¼ndlichen Verhandlung. In der zuletzt genannten Fallgruppe entscheidet bei den Sozialgerichten allein der Kammervorsitzende (vgl. Â§Â 12 Abs.Â 1 SGG). Bei den Verwaltungsgerichten ergeht die Entscheidung durch die aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern bestehende Kammer, soweit nicht ein Einzelrichter entscheidet (vgl. Â§Â 5 Abs. 3 Satz 1 VwGO). Entsprechendes gilt fÃ¼r die Senate bei den Finanzgerichten (vgl. Â§Â 5 Abs. 3 Satz 1 FGO).

Â

Die Wahl der Entscheidungsform hat mithin Auswirkungen auf die Besetzung des im Einzelfall zur Entscheidung berufenen SpruchkÃ¶rpers und damit auf den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf den gesetzlichen Richter (vgl. Artikel 101 Abs. 1 SatzÂ 1 des Grundgesetzes [GG]).

Â

(3.2) Auch fÃ¼r das statthafte Rechtsmittel ist die Wahl der Entscheidungsform durch das erstinstanzliche Gericht entscheidend.

Â

So findet nach Â§ 143 SGG im sozialgerichtlichen Verfahren gegen Urteile der Sozialgerichte â und den ihnen gleichstehenden Gerichtsbescheiden (vgl. Â§ 105 Abs. 3 Halbsatz 1 SGG) â die Berufung an das Landessozialgericht statt, soweit die Berufung nicht nach MaÃgabe von Â§Â 144 SGG der Zulassung bedarf. Hingegen findet gegen die Entscheidungen der Sozialgerichte mit Ausnahme der Urteile und gegen Entscheidungen der Vorsitzenden dieser Gerichte die Beschwerde an das Landessozialgericht statt, soweit nicht im Sozialgerichtsgesetz anderes bestimmt ist (vgl. Â§Â 172 Abs. 1 SGG). Ãber die Beschwerde entscheidet das Landessozialgericht durch Beschluss (vgl. Â§ 176 SGG). DemgegenÃ¼ber ergeht die Entscheidung Ã¼ber eine Berufung grundsÃ¤tzlich in der Form eines Urteils (vgl. Â§ 153 Abs. 1 bis 3 SGG). Hiervon gibt es verschiedene Ausnahmen. So kann nach Â§ 153 Abs. 4 SGG das Landessozialgericht, auÃer wenn das Sozialgericht durch Gerichtsbescheid entschieden hat, die Berufung durch Beschluss zurÃ¼ckweisen, wenn es sie einstimmig fÃ¼r unbegrÃ¼ndet und eine mÃ¼ndliche Verhandlung nicht fÃ¼r erforderlich hÃ¤lt. Nach Â§ 158 Satz 1 und 2 SGG kann es die Berufung durch Beschluss als unzulÃ¤ssig verwerfen, wenn sie nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Frist oder nicht schriftlich oder nicht in elektronischer Form oder nicht zu Protokoll des Urkundsbeamten der GeschÃ¤ftsstelle eingelegt worden ist.

Â

Die Rechtslage zur BeschwerdemÃ¶glichkeit gegen BeschlÃ¼sse von Verwaltungsgerichten und Finanzgerichten entspricht der im sozialgerichtlichen Verfahren (vgl. Â§ 146 Abs.Â 1 VwGO; Â§Â 128 Abs. 1 FGO). Abweichend vom sozialgerichtlichen Verfahren bedarf die Berufung gegen Endurteile eines Verwaltungsgerichtes stets der Zulassung durch das Verwaltungsgericht oder durch das Oberverwaltungsgericht (vgl. Â§ 124 VwGO). Das Oberverwaltungsgericht entscheidet Ã¼ber die Berufung grundsÃ¤tzlich durch Urteil (vgl. Â§Â 130b VwGO). Durch Beschluss kann das Oberverwaltungsgericht entscheiden, wenn die Berufung unzulÃ¤ssig ist (vgl. Â§ 125 Abs. 2 Satz 1 und 2 VwGO) oder wenn es die Berufung einstimmig fÃ¼r begrÃ¼ndet oder einstimmig fÃ¼r unbegrÃ¼ndet hÃ¤lt und eine mÃ¼ndliche Verhandlung nicht fÃ¼r erforderlich hÃ¤lt (vgl. Â§ 130a Satz 1 VwGO). Im finanzgerichtlichen Verfahren steht den Beteiligten gegen ein Urteil eines Finanzgerichtes die Revision an den Bundesfinanzhof zu, wenn das Finanzgericht oder auf Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Bundesfinanzhof die Berufung zugelassen hat (vgl. Â§ 115 Abs. 1 FGO). Nach Â§Â 124 Abs. 1 FGO in Verbindung mit Â§ 126 Abs. 1 FGO verwirft der Bundesfinanzhof eine unzulÃ¤ssige Revision durch Beschluss. Ferner kann der Bundesfinanzhof nach Â§Â 126a SatzÂ 1 FGO Ã¼ber die Revision durch Beschluss entscheiden, wenn er einstimmig die Revision fÃ¼r unbegrÃ¼ndet und eine mÃ¼ndliche Verhandlung nicht fÃ¼r erforderlich hÃ¤lt.

Â

(4) Aus den zitierten Regelungen folgt, dass der Gesetzgeber fÃ¼r eine Entscheidung Ã¼ber eine Klage durch ein Sozialgericht â aber auch durch einen Verwaltungs- oder Finanzgericht â nicht die Entscheidungsform eines Beschlusses vorgesehen hat. Durch Beschluss kann in einem Hauptsacheverfahren erst im Berufungsverfahren vor den Landessozialgerichten oder Oberverwaltungsgerichten oder im Revisionsverfahren vor dem Bundesfinanzhof entschieden werden, und dies auch nur in den besonderen, gesetzlich nÃ¤her bestimmten FÃ¤llen.

Â

Weitgehend ungeklÃ¤rt und im Einzelfall umstritten ist die Rechtslage, wenn ein Obergericht oder ein Bundesgericht erstinstanzlich Ã¼ber eine Klage zu entscheiden hat. So sind einem Landessozialgericht in Â§ 29 SGG erstinstanzliche ZustÃ¤ndigkeiten zugewiesen. Ãber diese kann das Landessozialgericht auch durch Gerichtsbescheid entscheiden, weil die Entscheidungsform des Gerichtsbescheides durch Â§ 153 Abs. 1 SGG nur fÃ¼r Entscheidungen Ã¼ber Berufungen ausgeschlossen ist (vgl. BSG, Beschluss vom 12.Â Februar 2015 â BÂ 10 ÃG 8/14 B â SozR 4-1720 Â§Â 198 Nr. 8 = juris, jeweils Rdnr. 8, m. w. N.; LSG Berlin-Brandenburg, Gerichtsbescheid vom 5. Januar 2018 â L 9 KR 443/15 KL â juris Rdnr. 16; Keller, in:Â Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG [13. Aufl., 2020], Â§Â 29 Rdnr.Â 8; RÃ¶hl, in:Â Rolfs/Giesen/MeÃling/Udsching, BeckOK Sozialrecht [65. Edition, Stand: 01.06.2021], Â§Â 29 Rdnr.Â 7.4; A. Schmidt, in: Hennig, SGG [51. Erg.-Lfg., Stand: Juli 2022], Â§ 29 Rdnr.Â 10; Schreiber, in: Fichte/JÃ¼ttner, SGG [3. Aufl. 2020], Â§Â 29 Rdnr. 5). Das Bundessozialgericht hat zudem im Beschluss vom 12. Februar 2015 die MÃ¶glichkeit, Ã¼ber eine EntschÃ¤digungsklage durch einen urteilsersetzenden Beschluss ohne mÃ¼ndliche Verhandlung in entsprechender Anwendung des Â§ 153 Abs. 4 SGG oder des Â§ 158 Satz 2 SGG zu entscheiden, fÃ¼r nicht von vornherein ausgeschlossen erachtet (vgl. BSG, Beschluss vom 12.Â Februar 2015, a. a. O.). FÃ¼r erstinstanzliche EntschÃ¤digungsklagen vor dem Bundessozialgericht hat der zustÃ¤ndige Senat die Auffassung vertreten, dass eine offensichtlich unzulÃ¤ssige Klage in entsprechender Anwendung von Â§ 169 Satz 2 SGG im Beschlusswege ohne mÃ¼ndliche Verhandlung und ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter verworfen werden kann (vgl. BSG, Beschluss vom 17. Dezember 2014Â â B 10 ÃG 2/14 KLÂ â, SozR 4-1500 Â§Â 169 Nr.Â 1 = juris, jeweils Rdnr. 10 und 12Â ff., m. w. N.; Roos, in: Roos/Wahrendorf/MÃ¼ller, beck-online GroÃkommentar [Stand: 01.08.2022], Â§ 39 Rdnr. 21). Diese Entscheidung ist allerdings nicht ohne Kritik geblieben (vgl. Loytved, jurisPR-SozR 5/2015 Anm.Â 6; Hauck, in: Hennig, SGG [51. Erg.-Lfg., Stand: Juli 2022], Â§ 39 Rdnr. 18).

Â

Auch die Verwaltungsgerichtsordnung kennt erstinstanzliche ZustÃ¤ndigkeiten der Oberverwaltungsgerichte und des Bundesverwaltungsgerichts (vgl. Â§ 48 SGG, Â§ 50 SGG).

Die Entscheidung Ã¼ber eine solche Klage kann durch Gerichtsbescheid ergehen (vgl. z.Â B. BVerwG, Gerichtsbescheid vom 6. November 2019Â â 4 A 2/19Â â juris Rdnr. 8; BVerwG, Gerichtsbescheid vom 9. Juli 2020Â â 7 A 1/20Â â juris Rdnr. 7; OVG fÃ¼r das Land Schleswig-Holstein, Gerichtsbescheid vom 29. November 2021 â 5 KS 11/21Â â juris Rdnr. 8). Anders als vom Bundessozialgericht zu Â§ 153 Abs. 4 SGG oder Â§ 158 Satz 2 SGG erwogen und zu Â§ 169 Satz 2 SGG entschieden hat das Bundesverwaltungsgericht im Beschluss vom 3.Â Februar 2005 keine Rechtsgrundlage dafÃ¼r gesehen, eine erstinstanzliche, unzulÃ¤ssige Klage in entsprechender Anwendung von Â§ 144 Abs. 1 VwGO (Verwerfung einer unzulÃ¤ssigen Revision durch Beschluss) durch Beschluss verwerfen zu kÃ¶nnen (vgl. BVerwG, Beschluss vom 3. Februar 2005 â 4 A 1038/04 â juris Rdnr. 1; vgl. auch Kraft, in: Eyermann, VwGO [16. Aufl., 2022], Â§ 84 Rdnr. 20).

Â

(5) FÃ¼r einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung im Sinne von Â§ 105 Abs. 1 Satz 2 SGG bedeutet dies, dass ein Sozialgericht, das den Antrag als verspÃ¤tet und gegebenenfalls die Voraussetzungen fÃ¼r eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (vgl. Â§ 67 SGG) als nicht gegeben ansieht oder den Antrag aus sonstigen GrÃ¼nden als unzulÃ¤ssig erachtet, den Antrag wegen einer fehlenden Rechtsgrundlage nicht durch Beschluss verwerfen darf, sondern Ã¼ber ihn durch Urteil auf Grund mÃ¼ndlicher Verhandlung, sofern nicht auf eine solche verzichtet wird, entscheiden muss. Diese Rechtsauffassung wird in der neueren sozialgerichtlichen Rechtsprechung und Literatur zunehmend vertreten (vgl. LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Urteil vom 28. August 2014 â L 13 AS 3162/14 â ZFSH/SGBÂ 2014, 756Â ff. = juris Rdnr.Â 20, m.Â w.Â N.; LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Urteil vom 21. Februar 2017 â LÂ 13 AS 3192/16 B â juris Rdnr. 16, m. w. N.; Hess. LSG, Urteil vom 26.Â Juni 2020 â LÂ 7 AS 479/19 B â juris Rdnr. 15Â f.; Burkiczak, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG [2017], Â§Â 105 Rdnr.Â 119; Hauck, in: Hennig, SGG [51. Erg.-Lfg., Stand: Juli 2022], Â§ 84 Rdnr. 117; Hauck, in: Zeihe, SGG [66. Erg.-Lfg., Stand: Sept. 2021], Â§ 105 Rdnr. 20b; B. Schmidt, Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG [13. Aufl., 2020], Â§ 105 Rdnr. 24, m. w. N. [a.Â A. noch Leitherer, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG [11. Aufl., 2014], Â§ 105 Rdnr.Â 24, m.Â w.Â N.]; SchÃ¼tz, jurisPR-SozR 20/2016 Anm. 4; so bereits LSG fÃ¼r das Land Niedersachsen, Beschluss vom 26. Juni 1963 â L 9 S 56/62 â ZfSÂ 1964, 67 = juris [zum Vorbescheid]).

Â

Der 9. Senat des Landessozialgerichtes Berlin-Brandenburg hat im Beschluss vom 27.Â Mai 2016 unter Verweis auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes gleichfalls hierzu tendiert (vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 27. Mai 2016 â L 9 AS 1782/14 B â ASRÂ 2016, 164Â f. = juris Rdnr. 7). UnabhÃ¤ngig davon sieht er aber das Sozialgericht als verpflichtet an, mÃ¼ndlich zu verhandeln, wenn ein KlÃ¤ger nach dem Erlass eines Gerichtsbescheides die mÃ¼ndliche Verhandlung beantragt und vortrÃ¤gt, dass der Wert des Beschwerdegegenstandes des Â§ 144 SGG nicht erreicht werde, und wenn das Sozialgericht vor Erlass des Gerichtsbescheids keine konkreten abweichenden

Feststellungen zur HÃ¶he des Beschwerdewertes getroffen und dem KlÃ¤ger hierzu kein rechtliches GehÃ¶r gewÃ¤hrt hat (vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 27. Mai 2016, a. a. O., Rdnr. 6).

Â

Die Auffassung, dass Ã¼ber einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung durch Urteil zu entscheiden ist, wird auch Ã¼berwiegend in der obergerichtlichen Rechtsprechung und in der Kommentarliteratur zu Â§ 84 Abs. 2 VwGO vertreten (vgl. Hess. VGH, Beschluss vom 4.Â April 1978 â II TE 27/78 â ESVGHÂ 28, 220Â ff. = juris, Leitsatz 1; Bay. VGH, Beschluss vom 24.Â Februar 1981 â 11.C â 5005/79 â DÃVÂ 1981, 639 = BayVBlÂ 1982, 17Â f.; OVG LÃ¼neburg, Beschluss vom 9. Dezember 2020 â 13 LA 469/20 â NVwZ-RRÂ 2021, 278Â f. = juris Rdnr.Â 6Â ff.; VGH Baden-WÃ¼rttemberg, Beschluss vom 24. August 2021 â 6 S 201/21 â ESVGHÂ 72, 48Â ff. = juris Rdnr.Â 5Â ff.; Clausing, in: Schoch/Schneider, Verwaltungsrecht [42.Â Erg.-Lfg., Februar 2022], Â§ 84, Rdnr. 43; Peters, in: Posser/Wolff, VwGO [62. Erg.-Lfg., Stand. JuliÂ 2022], Â§ 84 Rdnr. 33; SchÃ¼bel-Pfister; in: Eyermann, VwGO [16. Aufl., 2022], Â§Â 84 Rdnr. 21, m.Â w.Â N. [a. A. noch in der 15. Aufl., 2019]; W.-R. Schenke, in: Kopp/Schenke, VwGO [28. Aufl., 2022, Â§ 84 Rdnr. 39; dieser Rechtsauffassung neigt auch zu: BVerwG, Beschluss vom 15. August 2017 â 5 PKH 1/17 D â ZOVÂ 2017, 155 = juris Rdnr.Â 9 [âdass es Ã¼ber den [â¦] gestellten unzulÃ¤ssigen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung mÃ¶glicherweise zu Unrecht durch Beschluss entschieden hatâ]; a. A.: Hamb. OVG, Beschluss vom 5.Â November 1969 â Bs II 28/69 â MDRÂ 1970, 266; Hamb. OVG, Beschluss vom 1.Â Dezember 1997 â Bs IV 135/97 â DVBlÂ 1998, 487Â f. = juris Rdnr. 2; Nicolai, in: Redeker/von Oertzen, VwGO [17. Aufl., 2021], Â§ 84 Rdnr. 39; Stuhlfauth in: Bader/Funke-Kaiser/Stuhlfauth/von Albedyll, VwGO [8. Aufl., 2021], Â§Â 84 Rdnr. 13).

Â

FÃ¼r das finanzgerichtliche Verfahren ist in der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes geklÃ¤rt, dass ein Finanzgericht auch Ã¼ber einen verspÃ¤teten oder sonst unzulÃ¤ssigen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung durch Urteil zu entscheiden hat (vgl. BFH, Urteil vom 12. August 1981 â I B 72/80 â BFHE 134, 216 = juris Rdnr. 7Â ff.; BFH, Beschluss vom 20.Â November 2002Â â VI B 90/02Â â BFH/NVÂ 2003, 336Â f. = juris Rdnr. 5; BFH, Urteil vom 30.Â MÃ¤rz 2006 â V R 12/04 â BFHE 212, 411 = NVwZÂ 2006, 1447Â f. = juris Rdnr.Â 15; Brandis, in: Tipke/Kruse, AO/FGO [161. Lfg.; Stand 06.2020], Â§Â 90a FGO Rdnr. 12; Herbert, in: GrÃ¤ber, FGO [9. Aufl., 2019], Â§ 90a Rdnr. 25, m. w. N., Wendl, in: Gosch, Abgabenordnung/Finanzgerichtsordnung [1. Aufl. 1995, 153. Lfg.], Â§ 90a Rdnr. 63).

Â

(6) Die Argumente, die fÃ¼r die Auffassung, dass Ã¼ber einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung auch durch Beschluss entschieden werden kÃ¶nne (vgl. LSG fÃ¼r das Land

Niedersachsen, Beschluss vom 27. Dezember 1961 â L 10 S 49/61 â Breithaupt 1962, 463 = juris; LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 23. August 2017 â L 13 AS 133/17 â juris Rdnr.Â 14; LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 4. Juni 2018 â L 31 AS 2118/17 B â juris Rdnr.Â 10Â ff.; Hintz, in: Rolfs/Giesen/Kreikebohm/Udsching, Sozialrecht [57. Edition, Stand: 1. Juni 2020], Â§ 105 Rdnr. 11; KÃ¼hl, in: Fichte/JÃ¼ttner SGG [3. Aufl., 2020], Â§ 105 Rdnr.Â 6; Kummer, in: Peters/Sautter/Wolff [112. Erg.-Lfg., Stand: 09/2021], Â§â105 Rdnr.â80; Leitherer, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG [11. Aufl., 2014], Â§ 105 Rdnr. 24, MÃ¼ller, in: Roos/Wahrendorf/MÃ¼ller, SGG [Stand: 1. August 2022], Â§ 105 Rdnr. 45; Roller, in: LÃ¼dtke/Berchtold, Sozialgerichtsgesetz [6. Aufl., 2022], Â§Â 105 Rdnr. 18; Bienert, SGbÂ 2014, 365 [372]), vorgetragen werden, vermÃ¶gen nicht zu Ã¼berzeugen.

Â

(6.1) Der Rechtsauffassung, dass die Sozialgerichte die Kompetenz hÃ¤tten, durch Beschluss Ã¼ber einen verfristeten oder ansonsten unzulÃ¤ssigen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung entscheiden zu kÃ¶nnen, wird hÃ¤ufig damit begrÃ¼ndet, dass die Regelungen in Â§Â 158 SatzÂ 2 SGG und Â§ 169 Satz 3 SGG betreffend die Verwerfungskompetenz im Berufung- und Revisionsverfahren entsprechend anzuwenden seien (vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 4. Juni 2018, a. a. O., Rdnr.Â 11; Leitherer, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG [11. Aufl., 2014], Â§ 105 Rdnr. 24; Roller, in: LÃ¼dtke/Berchtold, Sozialgerichtsgesetz [6.Â Aufl., 2022], Â§Â 105 Rdnr. 18; zu Â§ 84 VwGO: SchÃ¼bel-Pfister, a.Â a.Â O., m.Â w.Â N.). Wenn schon ein statthaftes, aber verfristetes Rechtsmittel durch Beschluss verworfen werden kÃ¶nne, mÃ¼sse dies erst recht fÃ¼r den Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung, der ein Minus zu einem Rechtsmittel darstelle, gelten (vgl. Leitherer, a. a. O.; MÃ¼ller, a.Â a.Â O.).

Â

Die reklamierte entsprechende Rechtsanwendung oder Analogie setzt eine planwidrige RegelungslÃ¼cke im Gesetz voraus (vgl. BSG, Urteil vom 28. Juni 2018 â B 5 R 25/17 R â BSGEÂ 126, 128Â ff. = SozRÂ 4-2600 Â§Â 51 Nr. 2 = juris Rdnr. 57, m. w. N.; SÃ¤chs. LSG, Urteil vom 8. Juli 2021 â L 3 AL 115/20 â juris Rdnr. 67, m. w. N.). Ob eine planwidrige RegelungslÃ¼cke innerhalb des Regelungszusammenhangs des Gesetzes im Sinne eines Fehlens rechtlicher Regelungsinhalte dort, wo sie fÃ¼r bestimmte Sachverhalte erwartet werden, anzunehmen ist, bestimmt sich ausgehend von der gesetzlichen Regelung selbst, den ihr zugrunde liegenden Regelungsabsichten, den verfolgten Zwecken und Wertungen, auch gemessen am MaÃstab der gesamten Rechtsordnung einschlieÃlich verfassungsrechtlicher Wertungen (vgl. BSG, Urteil vom 23. Oktober 2018 â B 11 AL 20/17 R â SozR 4-6065 ArtÂ 61 Nr.Â 1 = juris jeweils Rdnr. 29, m. w. N.; SÃ¤chs. LSG, Urteil vom 8. Juli 2021, a.Â a.Â O.).

Â

An einer solchen planwidrigen RegelungslÃ¼cke fehlt es im vorliegenden Zusammenhang

(vgl. LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Urteil vom 21. Februar 2017 â L 13 AS 3192/16 B â juris Rdnr. 18Â ff.; Hess. LSG, Urteil vom 26. Juni 2020 â L 7 AS 479/19 B â juris Rdnr.Â 15; B.Â Schmidt, a.Â a.Â O.; Zu Â§ 84 VwGO: OVG LÃ¼neburg, Beschluss vom 9. Dezember 2020 â 13Â LA 469/20 â NVwZ-RRÂ 2021, 278Â f. = juris Rdnr. 12; Zu Â§ 90 FGO [Vorbescheid] i. d. bis zum 31. Dezember 1992 geltenden Fassung: BFH, Urteil vom 12.Â August 1981 â I B 72/80Â â BFHEÂ 134, 216 = juris Rdnr. 9). Denn nach Â§ 125 SGG wird Ã¼ber die Klage, soweit nichts anderes bestimmt ist, durch Urteil entschieden. Etwas anderes ist fÃ¼r die Klageverfahren vor den Sozialgerichten aber gerade nicht bestimmt. Selbst in Bezug auf erstinstanzliche Entscheidungen von Obergerichten oder Bundesgerichten wird die Frage, ob eine Klage analog zu den Verwerfungsregelungen im Rechtsmittelverfahren durch Beschluss als unzulÃ¤ssig verworfen werden kann, in den wenigen Gerichtsentscheidungen und Ã uÃerungen im Schrifttum kontrovers bewertet.

Â

Da es an einer planwidrigen RegelungslÃ¼cke fehlt, kann dahingestellt bleiben, ob der Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung einem Antrag auf Zulassung der Berufung vergleichbar ist (so z.Â B. zu Â§ 84 VwGO: SchÃ¼bel-Pfister, a. a. O., m.Â w.Â N.) oder eher einem Antrag auf FortfÃ¼hrung des Verfahrens bei einem Streit Ã¼ber die wirksame Beendigung eines Verfahrens, zum Beispiel durch eine KlagerÃ¼cknahme oder den Abschluss eines gerichtlichen Vergleiches (so z. B. LSG Baden-WÃ¼rttemberg, a.Â a.Â O., Rdnr.Â 23; vgl. auch B. Schmidt, a.Â a.Â O. [Gegenstand des Rechtsstreites ist die Wirksamkeit einer gerichtlichen Entscheidung und nicht die ZulÃ¤ssigkeit eines Rechtsmittels]).

Â

(6.2) Dem lÃ¤sst sich zwar entgegenhalten, dass es bei einer Entscheidung Ã¼ber die ZulÃ¤ssigkeit eines Antrages auf mÃ¼ndliche Verhandlung nicht um eine Entscheidung Ã¼ber eine Klage gehe, weil Ã¼ber diese bereits durch einen Gerichtsbescheid entschieden worden sei (vgl. Hintz, a. a. O.; MÃ¼ller, a. a. O.). FÃ¼r diesen besonderen Rechtsbehelf kÃ¶nne auf die allgemeinen Regelungen fÃ¼r Rechtsmittel entsprechend zurÃ¼ckgegriffen werden.

Â

Hierbei wird jedoch auÃer Acht gelassen, dass es sich bei dem Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung nicht um ein Rechtsmittel mit Devolutiveffekt, das heiÃt mit einem Ãbergang der Entscheidungskompetenz auf die nÃ¤chst hÃ¶here âInstanzâ (vgl. Bay. LSG, Beschluss vom 18. Juli 2006 â L 11 B 727/05 SO â ASRÂ 2006, 140Â f. = juris 15; JÃ¼ttner, in: Fichte/JÃ¼ttner, SGG [3. Aufl., 2020], Â§Â 85 Rdnr. 114), und gegebenenfalls mit Suspensiveffekt, das heiÃt einem Aufschub der formellen Rechtskraft durch die Einlegung eines Rechtsmittels oder Rechtsbehelfs (vgl. ThÃ¼r. LSG, Beschluss vom 9. November 2007 â L 6 B 139/07 SF â juris Rdnr. 14; JÃ¼ttner, in: Fichte/JÃ¼ttner, SGG

[3. Aufl., 2020], Â§Â 143 Rdnr. 1), handelt. Vielmehr handelt es sich bei einem solchen Antrag um einen besonderen Rechtsbehelf (vgl. BSG, Beschluss vom 12.Â Juli 2012 â B 14 AS 31/12 B â SozR 4-1500 Â§Â 105 Nr. 3 = juris Rdnr.Â 6; BSG, Beschluss vom 17. November 2015 â BÂ 1 KR 130/14 B â juris Rdnr.Â 12), der das Verfahren in der Instanz belÃ¤sst, in der durch einen Gerichtsbescheid Ã¼ber die Hauptsache entschieden worden ist. Die damit dem Sozialgericht erÃ¶ffnete MÃ¶glichkeit â und einer Pflicht bei einem zulÃ¤ssigen Antrag â zu einer Selbstkontrolle einer von ihm getroffenen Hauptsacheentscheidung stellt einen FremdkÃ¶rper im sozialgerichtlichen Verfahren dar.

Â

Einen weiteren Fall einer instanzerhaltenden Selbstkontrolle hat der Gesetzgeber lediglich im Rahmen der AnhÃ¶rungsrÃ¼ge im Sinne von Â§ 178a SGG geschaffen. Nach Â§ 178a Abs.Â 2 Satz 4 SGG ist die RÃ¼ge âbei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wirdâ. Zur AnhÃ¶rungsrÃ¼ge hat der Gesetzgeber aber auch die Form der zutreffenden Entscheidung vorgegeben. UnabhÃ¤ngig davon, ob die RÃ¼ge als unzulÃ¤ssig zu verwerfen ist, weil sie nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form oder Frist erhoben worden ist (vgl. Â§ 178a Abs. 4 Satz 1 SGG), oder ob sie zurÃ¼ckzuweisen ist, weil sie unbegrÃ¼ndet ist (vgl. Â§ 178a Abs. 4 Satz 1 SGG), ergeht die Entscheidung durch unanfechtbaren Beschluss (vgl. Â§ 178a Abs. 4 Satz 3 SGG). Eine entsprechende Vorgabe fehlt fÃ¼r einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung im Sinne von Â§ 105 Abs. 2 Satz 2 SGG.

Â

(6.3) Dass in einem Verfahren vor einem Sozialgericht Ã¼ber ZulÃ¤ssigkeitsfragen getrennt vonÂ der PrÃ¼fung der BegrÃ¼ndetheit der Klage entschieden werden kann, und dass diese Entscheidung in Form eines Urteils zu ergehen hat, ist in Â§ 130 Abs. 2 SGG vorgesehen. Danach kann das Gericht durch Zwischenurteil Ã¼ber eine entscheidungserhebliche Sach- oder Rechtsfrage vorab entscheiden, wenn dies sachdienlich ist. Es wird nicht zwischen zulÃ¤ssigen und unzulÃ¤ssigen Klagen unterschieden (vgl zu Â§ 97 FGO: BFH, Urteil vom 12.Â August 1981 â IÂ B 72/80 â BFHEÂ 134, 216 = juris Rdnr. 9). Zwischenurteile, die ZulÃ¤ssigkeitsfragen betreffen, sind nicht ungewÃ¶hnlich (vgl. fÃ¼r das Berufungsverfahren z. B. LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Teilurteil vom 28. Februar 2002 â L 10 U 2930/01 â juris Rdnr. 17; LSG Niedersachsen-Bremen, Zwischenurteil vom 10. Oktober 2018 â L 2 R 117/18 â ASRÂ 2018, 257Â ff. = juris Rdnr. 17).

Â

Soweit Ã¼ber eine besondere ZulÃ¤ssigkeitsfrage, nÃ¤mlich die nach der ZustÃ¤ndigkeit des angerufenen Gerichtes, durch Beschluss entschieden wird, ist diese Entscheidungsform ebenfalls durch Gesetz vorgegeben (vgl. Â§ 98 Satz 1 SGG i. v. m. Â§ 17a Abs. 2 SatzÂ 3, Abs.Â 4 SatzÂ 1, 3 und 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes [GVG]).

Â

(6.4) Es wird auch die Auffassung vertreten, dass die Regelung in Â§ 105 Abs. 3 Halbsatz 2 SGG (wenn rechtzeitig mÃ¼ndliche Verhandlung beantragt wird, gilt Gerichtsbescheid als nicht ergangen) nur einschlÃ¤gig sei, wenn der Rechtsbehelf des Â§ 105 Abs. 2 Satz. 2 SGG (Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung) gegeben sei. Denn nach Â§ 105 Abs. 2 Satz. 2 SGG kÃ¶nne mÃ¼ndliche Verhandlung (nur) beantragt werden, wenn die Berufung nicht gegeben sei. Wenn aber ein Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung (offensichtlich) unstatthaft sei, werde von Gesetzes wegen eine mÃ¼ndliche Verhandlung vor dem Sozialgericht bei einem berufungsfÃ¤higen Gerichtsbescheid gerade nicht erÃ¶ffnet (vgl. LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 23. August 2017 â L 13 AS 133/17 â juris Rdnr. 14; vgl. auch LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 4. Juni 2018 â L 31 AS 2118/17 B â juris Rdnr. 12; Roller, in: LÃ¼dtke/Berchtold, Sozialgerichtsgesetz [6. Aufl., 2022], Â§Â 105 Rdnr. 18 FN 47).

Â

Hierbei wird aber unzulÃ¤ssigerweise nicht zwischen einer mÃ¼ndlichen Verhandlung zur Klage (vgl. Â§ 105 Abs. 3 Halbsatz 2 SGG) einerseits und zum Verfahren und zur Form der Entscheidung betreffend einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung (vgl. Â§ 105 Abs. 2 SatzÂ 2 SGG) andererseits unterschieden. Zudem wird aus dem Ergebnis der PrÃ¼fung, ob der Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung unstatthaft oder im Ãbrigen unzulÃ¤ssig ist, die Form der Entscheidung Ã¼ber den Antrag abgeleitet, ohne dass es hierfÃ¼r eine Rechtsgrundlage gibt. Eine solche Verfahrensweise hat der Gesetzgeber nur in bestimmten, hier nicht einschlÃ¤gigen, Konstellationen vorgesehen (vgl. z. B. Â§ 153 Abs. 4 Satz 1, Â§ 158 Satz 2, Â§Â 169 SatzÂ 3 SGG).

Â

(6.5) Der Hinweis, dass nach Â§ 105 Abs. 4 SGG ein Urteil als Entscheidungsform nur fÃ¼r einen zulÃ¤ssigen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung vorgesehen sei (vgl. MÃ¼ller, a.Â a.Â O.; Bienert, SGbÂ 2014, 365 [372]), ist zwar zutreffend. Aus Â§ 105 Abs. 4 SGG kann aber nicht weitergehend abgeleitet werden, dass Ã¼ber einen unzulÃ¤ssigen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung durch Beschluss entschieden werden darf.

Â

(6.6) Das Argument, dass es dem mit dem Gerichtsbescheid intendierten Entlastungszweck widerspreche, wenn man die Entscheidung in der Hauptsache durch Gerichtsbescheid (ohne mÃ¼ndliche Verhandlung und ohne Beteiligung von ehrenamtlichen Richtern) zulassen wollte, demgegenÃ¼ber aber bei einem verspÃ¤teten Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung eine mÃ¼ndliche Verhandlung unter Beteiligung der ehrenamtlichen Richter verlange (vgl. Bienert, SGb 2014, 365 [372]; zu Â§ 84 VwGO: SchÃ¼bel-Pfister, a. a. O. [mit dem Beschleunigungs- und Entlastungszweck des Â§ 84 VwGO nicht vereinbar]), trÃ¤gt nicht. Denn der Gesichtspunkt der Verfahrensbeschleunigung ist weder ein

Verfassungsgrundsatz noch ein einfachgesetzlich festgelegter Grundsatz, der bei der Auslegung einer gesetzlichen Regelung zu beachten wÃ¤re. Er ist lediglich ein Motiv des Gesetzgebers, der so weit reicht, wie der Gesetzgeber ihm im Einzelfall Geltung verschafft hat. Mit der EinfÃ¼hrung des Gerichtsbescheides in das Sozialgerichtsgesetz hat der Gesetzgeber das Ziel der Verfahrensbeschleunigung verfolgt (vgl. BT-Drs. 12/1217 S. 51; BSG, Beschluss vom 12.Â Juli 2012 â BÂ 14 AS 31/12 B â SozR 4-1500 Â§Â 105 Nr. 3 = juris Rdnr. 10). Den Beschluss anstelle eines Urteils als weitere MaÃnahme der Verfahrensbeschleunigung hat er aber nicht vorgesehen, auch nicht vor dem Hintergrund der damals bereits divergierenden verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zur Frage der richtigen Entscheidungsform.

Â

(6.7) Der Beschluss des Bundesfinanzhofes vom 22. Oktober 1971 kann nicht als Beleg dafÃ¼r dienen, dass Ã¼ber einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung durch Beschluss entschieden werden kÃ¶nne (so aber B. Schmidt, a.Â a.Â O.). Der Bundesfinanzhof hat dort zwar entschieden, dass Ã¼ber einen nach Zustellung eines Vorbescheids verspÃ¤tet gestellten Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung vor dem Bundesfinanzhof, wenn die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht gewÃ¤hrt werden kÃ¶nne, durch Beschluss zu entscheiden sei (vgl. BFH, Beschluss vom 22. Oktober 1971 â VI R 159/68 â BFHE 103, 138 = juris LeitsatzÂ 1 und Rdnr. 10Â f.). Der Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung hat sich aber auf einen Vorbescheid bezogen, mit dem die Revision des Steuerpflichtigen zurÃ¼ckgewiesen worden ist (vgl. BFH, Beschluss vom 22. Oktober 1971, a. a. O., Rdnr. 1). Der Bundesfinanzhof hat seine Entscheidung mit einer entsprechenden Anwendung von Â§Â 126 Abs. 1 FGO, wonach die unzulÃ¤ssige Revision durch Beschluss verworfen wird, begrÃ¼ndet. Eine vergleichbare Verwerfungskompetenz fehlt aber den Sozialgerichten ebenso wie den Verwaltungs- und Finanzgerichten, wie bereits ausgefÃ¼hrt wurde.

Â

(6.8) Das Argument, dass nicht einzusehen sei, dass in der Hauptsache eine Entscheidung ohne mÃ¼ndliche Verhandlung und ohne Beteiligung ehrenamtlicher Richter habe ergehen kÃ¶nnen, wÃ¤hrend hinsichtlich der Frage, ob der Rechtsstreit hierdurch erledigt sei, ein Urteilsverfahren geboten sein solle (vgl. KÃ¼hl, a. a. O.), ist rechtspolitischer Natur. Die Frage zu beurteilen, ob es eine bessere oder geeignetere LÃ¶sung gibt, ist im Rahmen des verfassungsrechtlich verankerten Gewaltenteilungsprinzips dem Gesetzgeber vorbehalten.

Â

(6.9) SchlieÃlich sind bei der Auslegung von Â§ 105 SGG im vorliegenden Zusammenhang neben den Ã¼blichen Auslegungskriterien wie Gesetzeswortlaut, Regelungsintentionen oder Regelungssystematik auch verfassungsrechtliche BezÃ¼ge zu berÃ¼cksichtigen. Neben dem bereits erwÃ¤hnten Anspruch auf den gesetzlichen Richter ist dies

insbesondere der verfassungsrechtliche Gesichtspunkt der Rechtsmittelklarheit. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu im Plenarbeschluss vom 30. April 2003 ausgefÃ¼hrt, dass wesentlicher Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips der Grundsatz der Rechtssicherheit ist. Er wirkt sich im Bereich des Verfahrensrechts unter anderem in dem Postulat der Rechtsmittelklarheit aus. Das rechtsstaatliche Erfordernis der Messbarkeit und Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns fÃ¼hrt zu dem Gebot, dem Rechtsuchenden den Weg zur Ãberprüfung gerichtlicher Entscheidungen klar vorzuzeichnen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 30. April 2003 â 1 PBvU 1/02 [fachgerichtlicher Rechtsschutz] â BVerfGE 107, 395Â ff. = NJWÂ 2003, 1924Â ff. = juris Rdnr.Â 69, m. w. N.).

Â

Dem wird die Gesetzesauslegung nicht gerecht, die fÃ¼r eine Entscheidung Ã¼ber einen Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung ohne einen hinreichend deutlichen AnknÃ¼pfungspunkt imÂ Gesetz einen Beschluss ausreichen lÃ¤sst, in Folge dessen eine im Klageverfahren ansonsten grundsÃ¤tzlich erforderliche mÃ¼ndliche Verhandlung (vgl. Â§ 124 Abs. 1 SGG) entbehrlich wird (vgl. Â§ 124 Abs. 3 SGG) und eine grundsÃ¤tzlich vorgeschriebene Mitwirkung von ehrenamtlichen Richtern (vgl. Â§ 12 Abs. 1 Satz 1 SGG) ausgeschlossen wird (vgl. Â§Â 12 Abs.Â 1 Satz 2 SGG).

Â

2. Die Beschwerde ist jedoch nicht begrÃ¼ndet, weil der Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung in Bezug auf den Gerichtsbescheid vom 24. Februar 2015 nicht statthaft ist.

Â

a) GemÃ¤Ã Â§ 143 SGG findet gegen die Urteile der Sozialgerichte die Berufung an das Landessozialgericht statt, soweit sich aus den Vorschriften dieses Unterabschnitts (Â§Â§Â 143 bisÂ 159 SGG) nichts anderes ergibt. Etwas anderes ergibt sich unter anderem aus Â§Â 144 Abs.Â 1 SatzÂ 1 Nr.Â 1 SGG, danach bedarf die Berufung der Zulassung in dem Urteil des Sozialgerichts (oder dem ihm gleichgestellten Gerichtsbescheid, vgl. Â§ 105 Abs. 1 SatzÂ 3 SGG) oder auf Beschwerde durch Beschluss des Landessozialgerichts, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 750,00 EUR nicht Ã¼bersteigt. Die RÃ¼ckausnahme aus Â§ 144 Abs. 1 Satz 2 SGG, wonach Â§ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG nicht gilt, wenn die Berufung wiederkehrende oder laufende Leistungen fÃ¼r mehr als ein Jahr betrifft, ist vorliegend wegen des sechsmonatigen Bewilligungszeitraumes nicht einschlÃ¤gig.

Â

b) Gemessen hieran war die Berufung gegen den Gerichtsbescheid vom 24. Februar 2015 statthaft.

Â

Gegenstand des Klageverfahrens war die Behauptung der KlÃ¤ger, die Ablehnung ihrer Ã□berprÃ¼fungsantrÃ¤ge bezÃ¼glich der Leistungsbewilligungen fÃ¼r den Zeitraum von April 2009 bis September 2009 sei rechtswidrig. In welchem Umfange sie den Beklagten verpflichtet wissen wollten, auf ihre Ã□berprÃ¼fungsantrÃ¤ge hin die Bewilligungsbescheide abzuÃ¤ndern, wurde zwar im Klageverfahren wegen der fehlenden KlagebegrÃ¼ndung nicht deutlich. In einem solchen Fall hat die PrÃ¼fung des als rechtswidrig beanstandeten Bescheides aber gegebenenfalls unter Zuhilfenahme der Verwaltungsakte und insbesondere des Vorbringens im Widerspruchsverfahren zu erfolgen (so hinsichtlich der PrÃ¼fung der hinreichenden Erfolgsaussicht im Sinne von Â§ 114 ZPO: SÃ¤chs. LSG, Beschluss vom 15. Januar 2013 â□□ L 3 AS 1184/12 B PKH â□□ juris Rdnr. 17, m. w. N.; SÃ¤chs. LSG, Beschluss vom 31.Â Juli 2014 â□□ L 3 AL 71/13 B PKH â□□ juris Rdnr. 20, m. w. N.).

Â

Die KlÃ¤ger hatten im Schriftsatz vom 15. Juli 2013 ihre zweiten Ã□berprÃ¼fungsantrÃ¤ge damit begrÃ¼ndet, dass die Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung in zu geringem Umfang anerkannt worden seien, bei den Kindern die Versicherungspauschale in Abzug zu bringen sei, die NachzahlungsbetrÃ¤ge, welche sich aus dem Bescheid vom 18. April 2012 ergeben wÃ¼rden, von Amts wegen zu verzinsen seien, und die RegelsÃ¤tze fÃ¼r Erwachsene und fÃ¼r MinderjÃ¤hrige verfassungswidrig zu niedrig seien. Soweit im nachfolgenden Widerspruchsverfahren die Verfassungswidrigkeit der Regelung in Â§ 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II gerÃ¼gt wurde, ist hierin kein AbrÃ¼cken vom ursprÃ¼nglichen Antragsbegehren zu sehen, sondern lediglich eine Reaktion auf die BegrÃ¼ndung des den Ã□berprÃ¼fungsantrag ablehnenden Bescheides.

Â

Selbst dem Schriftsatz vom 27. MÃ¤rz 2015, mit dem die AntrÃ¤ge auf mÃ¼ndliche Verhandlung gestellt wurden, ist nicht zu entnehmen, dass das Klagebegehren beschrÃ¤nkt werden sollte. Denn soweit dort â□□die gekappten Kosten der Unterkunft und Heizungâ□□ als streitgegenstÃ¤ndlich bezeichnet wurden, handelte es sich um keine abschlieÃ□ende Beschreibung des Rechtsschutzbegehrens, wie sich aus dem Zusatz â□□u. a.â□□ ergibt.

Â

3. Ã□ber die Beschwerden der KlÃ¤ger entscheidet der Senat in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, zwei weiteren Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern (vgl. Â§Â 33 SatzÂ 1 SGG).

Â

Â§Â 176 SGG in Verbindung mit Â§ 33 Abs. 1 Satz 2, Â§ 12 Abs. 1 Satz 2 SGG findet keine

Anwendung, wenn das Rechtsmittel, Ã¼ber das zu entscheiden ist, nur nach dem Grundsatz der sogenannten MeistbegÃ¼nstigung als Beschwerde zulÃ¤ssig ist. DiesbezÃ¼glich hat der Bundesfinanzhof im Urteil vom 12. August 1981 ausgefÃ¼hrt, dass der MeistbegÃ¼nstigungsgrundsatz allein den Zweck hat, den Beteiligten die Anfechtung mit dem durch die unrichtige Form der Entscheidung vorgezeichneten Rechtsmittel zu ermÃ¶glichen. Er darf jedoch nicht dazu fÃ¼hren, dass durch eine der Art nach falsche Entscheidung der unteren Instanz die Entscheidungsform und damit in der Regel auch die Besetzung des Rechtsmittelgerichts verÃ¤ndert wird (vgl. BFH, Urteil vom 12.Â August 1981 â IÂ B 72/80 â BFHEÂ 134, 216 = juris Rdnr.Â 18; vgl. auch LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Urteil vom 28. August 2014, a. a. O., Rdnr.Â 22; Hess. LSG, Urteil vom 26.Â Juni 2020, a. a. O., Rdnr. 19).

Â

Â

II. Die Kostenentscheidung beruht auf den Â§Â§ 183, 193 SGG.

Â

III. GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision nach Â§Â 160 Abs.Â 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 23.03.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024